



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
3003 Bern

GENERALSEKRETARIAT	
- 4. APR. 2017	
GS	
SECO	X
BLW	
KTI	
EHB	
SBFI	
BWL	
BWO	
WEKO	
PU	
ZIVI	
KF	
Reg. Nr. _____	

29. März 2017 (RRB Nr. 279/2017)  
**Gasgeräteverordnung (Vernehmlassung)**

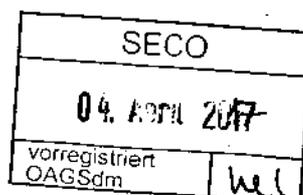
Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 haben Sie uns den Entwurf der Gasgeräteverordnung zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir mit dem vorgeschlagenen Entwurf der Gasgeräteverordnung einverstanden sind und auf eine detaillierte Stellungnahme verzichten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates  
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:



Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
www.rr.be.ch  
info.regierungsrat@sta.be.ch

Herr Bundesrat  
Johann N. Schneider-Ammann  
Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

29. März 2017

RRB-Nr.: 0 3 1 2 / 2 0 1 7  
Direktion Volkswirtschaftsdirektion  
Unser Zeichen --  
Ihr Zeichen --  
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassungsverfahren zum Erlass der Gasgeräteverordnung.  
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Erlass der Gasgeräteverordnung Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat stimmt dem vorliegenden Verordnungsentwurf zu.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Die Präsidentin

Beatrice Simon

Der Staatsschreiber

Christoph Auer

SECO	
31. März 2017	
vorregistriert OAGSdm	



**Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 51 55  
buwd@lu.ch  
www.lu.ch

abps@seco.admin.ch

Luzern, 4. April 2017

Protokoll-Nr.: 359

**Gasgeräteverordnung: Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen den Entwurf einer Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten (Gasgeräteverordnung, GaGV) zur Vernehmlassung zugestellt.

Die Bestimmungen zu den Gasgeräten sind heute in der Verordnung über die Produktesicherheit (Produktesicherheitsverordnung, PrSV, SR 930.111) in Artikel 1 Buchstabe c, im 4. Abschnitt und in den Anhängen 1 bis 3 PrSV geregelt. Neu soll für die Gasgeräte eine eigenständige schweizerische Gasgeräteverordnung geschaffen werden. Die schweizerische Gasgeräteverordnung übernimmt die Regelung der EU mit Ausnahme der CE-Kennzeichnung. Der Erlass der schweizerischen Gasgeräteverordnung ist im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz, insbesondere mit dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA, SR 0.946.526.81).

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teilen wir Ihnen mit, dass wir zum Entwurf einer Gasgeräteverordnung keine Bemerkungen anzubringen haben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren.

Freundliche Grüsse

Robert Küng  
Regierungsrat

**Per E-Mail an:**

abps@seco.admin.ch

Altdorf, 28. März 2017 brg-kef/AfU33

**Erlass der Gasgeräteverordnung  
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF eröffnete am 17. Februar 2017 die Vernehmlassung über den Erlass der Gasgeräteverordnung.

Das WBF ersucht die Adressaten der Vernehmlassung, ihre Stellungnahme bis zum 19. April 2017 per E-Mail an [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch) einzureichen.

Wir haben den Erlass der Gasgeräteverordnung mit Interesse geprüft und haben dazu keine Ergänzungen oder Bemerkungen anzubringen. Wir sind mit dem vorgelegten Erlass einverstanden.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Amt für Umweltschutz



Dr. Alexander Imhof, Amtsvorsteher

Kopie an:

- RR Barbara Bär
- DS Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion
- Intern: aim, nij, can

6431 Schwyz, Postfach 1260

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung

elektronisch an [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

Schwyz, 25. April 2017

## **Erlass der Gasgeräteverordnung sowie der Verordnung über die Sicherheit von persönlichen Schutzausrüstungen**

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen die Unterlagen betreffend den Erlass der Gasgeräteverordnung sowie der Verordnung über die Sicherheit von persönlichen Schutzausrüstungen zur Vernehmlassung bis 19. April 2017 unterbreitet. Für die gewährte Fristerstreckung bis 25. April 2017 danken wir Ihnen.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz erachtet die Vereinheitlichung sowie die Festlegung der Marktüberwachung und Regelung der Befugnisse, gefährliche oder nichtkonforme Produkte vom Markt zu nehmen, als sinnvoll.

Die Anpassungen der beiden eingangs erwähnten neuen Verordnungen vereinfacht es den Wirtschaftsakteuren, im EU-Binnenmarkt aktiv zu sein, was klar zu begrüssen ist.

Mit den vorliegenden Entwürfen sind wir einverstanden und haben keine Bemerkungen oder Ergänzungen anzubringen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Othmar Reichmuth, Landammann



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



CH-6061 Sarnen, Postfach 1264, VD

**A-Post**

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Sekretariat Ressort Produktesicherheit  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

SECO	
27. März 2017	
vorregistriert OAGSdm	NGS

Sarnen, 22. März 2017

**Erlass der Gasgeräteverordnung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 haben Sie uns den Erlass der Gasgeräteverordnung zugestellt und eine Vernehmlassungsfrist bis am 19. April 2017 gewährt. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Wir begrüßen den umgehenden Erlass der Gasgeräteverordnung, damit insbesondere der heute bestehende wirtschaftliche Nachteil der schweizerischen Konformitätsbewertungsstellen baldmöglichst aufgehoben werden kann.

Für die Kenntnisnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement

Niklaus Bleiker  
Regierungsrat

Kopie:

- [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch) (PDF- und Word-Version)
- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Amt für Arbeit
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.2793)



KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, [www.nw.ch](http://www.nw.ch)

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
[staatskanzlei@nw.ch](mailto:staatskanzlei@nw.ch)  
Stans, 28. März 2017

### **Erlass der Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten (Gasgeräteverordnung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Johann Schneider-Ammann

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf und zu den Erläuterungen zum Erlass der Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten (Gasgeräteverordnung; GaGV) Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit dazu und vernehmen uns wie folgt:

Wir haben die Erläuterungen zur Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten zu Kenntnis genommen. In unserer Funktion als blosser „Marktbeobachter und Relaisstation“ haben wir materiell keine Einwände zu tätigen. Die Aufgabe des Arbeitsinspektorates besteht darin, bei Neuanlagen oder Um- oder Ausbau von Anlagen die entsprechenden Gesuchsunterlagen den entsprechenden Fachorganisationen zur Beurteilung weiterzuleiten. Das Seco, die SUVA Abteilung DGVV (Druckgeräteverwendungsverordnung), der Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW) sowie der Schweizerische Verein für Schweisstechnik (SVS) sind die zuständigen Kontrollorgane.

Wir bitten Sie, unsere Bemerkungen zur Kenntnis zu nehmen.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Ueli Amstad  
Landammann



lic. iur. Hugo Murer  
Landschreiber

Geht an:  
[abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

**per E-Mail an**  
[abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

Glarus, 19. April 2017 / wit  
Unsere Ref: 2017-45

### **Vernehmlassung i. S. Erlass der Gasgeräteverordnung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten, da wir von der Vorlage nur unwesentlich betroffen sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



Röbi Marti  
Regierungsrat

Kopie an:

- Abteilung Umweltschutz und Energie
- Departement Sicherheit und Justiz

GENERALSEKRETARIAT	
22. MRZ. 2017	
GS	
SECO	X
BLW	
KTI	
EHB	
SBFI	
BWL	
BWO	
WEKO	
PLJ	
ZIVI	
KF	
Reg. Nr.	

Volkswirtschaftsdirektion, Postfach 857, 6301 Zug

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung, WBF  
Bundesrat J. N. Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Per E-Mail an [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

T direkt 041 728 55 01  
matthias.michel@zg.ch  
Zug, 17. März 2017 DICR  
VD VDS 6 / 202 - 51747

### Erlass der Gasgeräteverordnung – Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 haben Sie den Kanton Zug im Rahmen einer Konsultation eingeladen, zum Entwurf der Gasgeräteverordnung Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Volkswirtschaftsdirektion mit der direkten Erledigung beauftragt.

#### Anträge:

Keine

#### Bemerkungen:

Da die Zuständigkeiten bezüglich des Vollzuges der Verordnung des WBF über den Vollzug der Marktüberwachung nach dem 5. Abschnitt der Verordnung über die Produktesicherheit (ZustV-PrSV, SR 930.111.5) betreffend Gasgeräten beim schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW) und dem schweizerischen Verein für Schweisstechnik (SVS) liegen, können wir uns nicht zu den technischen Bestimmungen äussern.

Wir begrüssen aber den Erlass einer neuen Gasgeräteverordnung und damit die Anpassung an das EU-Recht. Die Bestimmungen betreffen hauptsächlich die Definitionen, die Pflichten der Wirtschaftsakteure, die Konformitätsbewertungsstellen und die Marktüberwachung. Die neue Gasgeräteverordnung sichert die Gleichwertigkeit des Schweizer Rechts mit dem Recht der EU, welche im Rahmen der bilateralen Verträge festgehalten wurde. Es handelt sich dabei um ein statisches Abkommen, welches die Dynamik in der EU periodisch antizipieren muss. Für die exportierenden Unternehmen ist dieses Abkommen sehr wichtig, um keine grösseren Nachteile im EU-Binnenmarkt zu erleiden.

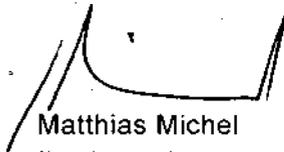
SECO
22 März 2017
vorregistriert OAGSdm <i>ml</i>

Seite 2/2

Im vorliegenden Fall begrüßen wir die Verkürzung des Vernehmlassungsverfahrens, weil damit die wirtschaftlichen Nachteile der schweizerischen Konformitätsbewertungsstellen im Vergleich zu jenen der EU möglichst gering gehalten werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Volkswirtschaftsdirektion

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a horizontal line and a vertical stroke on the right.

Matthias Michel  
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- Amt für Wirtschaft und Arbeit



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Secrétariat d'Etat à l'économie SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Berne

*Fribourg, le 4 avril 2017*

## Ediction de l'ordonnance sur les appareils à gaz – Réponse à la consultation

Madamé, Monsieur,

Nous avons bien reçu les documents relatifs à l'audition portant sur l'édiction de l'ordonnance sur les appareils à gaz et vous remercions de nous avoir consultés.

Par la présente, nous souhaitons vous faire part de notre accord quant au contenu de l'ordonnance sur les appareils à gaz. En effet, cette ordonnance vise uniquement à maintenir la conformité du droit suisse avec la législation européenne et reprend dans son intégralité les prescriptions déjà édictées sur ce sujet dans l'ordonnance sur la sécurité des produits (OSPro).

Toutes les dispositions visant à la prévention des risques pour la santé et la sécurité des travailleurs sont reprises de l'OSPro et transposées telles quelles dans la nouvelle ordonnance.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous voudrez bien accorder à notre prise de position, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de notre parfaite considération.

Maurice Ropraz  
Président

Au nom du Conseil d'Etat :



Danielle Gagnaux-Morel  
Chancelière d'Etat

SECO	
06. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	<i>ml</i>

vorregistriert OAGSdm	
06. April 2017	
SECO	



Staatssekretariat für Wirtschaft  
SECO  
Ressorts Produktesicherheit  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

4. April 2017

### Vernehmlassung zum Erlass der Gasgeräteverordnung (GaGV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Kantone zur Vernehmlassung zum Erlass der Gasgeräteverordnung (GaGV) eingeladen. Wir nehmen gerne wie folgt Stellung:

Durch die heute geltende Verordnung über die Produktesicherheit (PrSV; SR 930.111) sind die Anforderungen der europäischen Richtlinie für Gasverbrauchseinrichtungen 2009/142/EG äquivalent umgesetzt. Mit Blick auf die Anpassung der europäischen Rechtssetzung an den neuen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten ("New Legislative Framework", NLF) und auf den Erlass der neuen EU-Verordnung über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe Nr. 426/2016 braucht es die vorgeschlagene Anpassung, um die Gleichwertigkeit des Schweizer Rechts mit dem Recht der EU aufrechtzuerhalten.

Zurzeit sind die Bestimmungen zu den Gasgeräten in einzelnen Bestimmungen und Anhängen der PrSV geregelt. Neu soll nun für die Gasgeräte, analog EU-Gasgeräte-Verordnung, eine eigenständige Verordnung geschaffen werden. Diese übernimmt die Regelung der EU. Der Erlass der GaGV ist somit im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz, insbesondere mit dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreement, MRA; SR 0.946.526.81).

Die Anpassungen betreffen die Vereinheitlichung der Definitionen, die Pflichten der Wirtschaftsakteure, die Anforderungen an die Konformitätsbewertungsstellen und die Prinzipien der Marktüberwachung. Durch die vereinheitlichten Legaldefinitionen werden im gesamten EU-Binnenmarkt weitgehend gleiche Begrifflichkeiten verwendet. Zudem werden die Pflichten der Wirtschaftsakteure umschrieben. Sie sollen verantwortungsvoll und in voller Übereinstimmung mit den geltenden rechtlichen Anforderungen handeln, wenn sie Produkte in Verkehr bringen oder auf dem Markt bereitstellen. Ausserdem werden die Anforderungen an die Konformitätsbewertungsstellen festgelegt, welche ein einheitliches Qualitätsniveau bei der Durchführung der Konformitätsbewertungen gewährleisten müssen.

Die EU-Mitgliedstaaten können ihre Konformitätsbewertungsstellen seit dem 21.10.2016 in die EU-Datenbankstelle NANDO (New Approach Notified and Designated Organisations) melden. Demgegenüber können die schweizerischen Konformitätsbewertungsstellen (z.B. SVTI) nicht in die NANDO aufgenommen werden, solange die schweizerische GaGV nicht publiziert ist. Sie er-

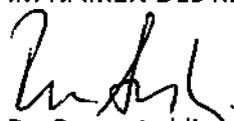
leiden dadurch einen deutlichen wirtschaftlichen Nachteil. Ohne Aufnahme in die NANDO werden sie auf dem Markt nicht als legitimierte Konformitätsbewertungsstellen wahrgenommen. Dadurch besteht die Gefahr, dass Wirtschaftsakteure irreversibel zu europäischen Konformitätsbewertungsstellen abwandern. Dieser wirtschaftliche Nachteil muss behoben werden.

Wir begrüßen den Erlass der Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten. Einerseits wird dadurch die Äquivalenz zwischen der europäischen und der schweizerischen Gesetzgebung gewährleistet. Andererseits profitieren die Hersteller der Produkte bei der Vermarktung auf dem schweizerischen sowie dem EU-Markt von einer einzigen Konformitätsbewertung (Prüfung, Zertifizierung, Inspektion), welche durch eine anerkannte schweizerische Konformitätsbewertungsstelle ausgestellt wird. Dies ist für die schweizerische Wirtschaft von Bedeutung.

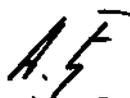
Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

•  
IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Dr. Remo Ankli  
Landammann



Andreas Eng  
Staatschreiber



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung  
und Forschung WBF  
Bundesrat Johann Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Geht per Mail an: abps@seco.admin.ch

Basel, 29. März 2017

### Regierungsratsbeschluss vom 28. März 2017

#### Erlass der Gasgeräteverordnung Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für Ihr Schreiben vom 17. Februar 2017 und der damit verbundenen Möglichkeit, zum Erlass der Gasgeräteverordnung Stellung zu nehmen.

Der Kanton Basel-Stadt ist mit den vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen grundsätzlich einverstanden. Die dargelegten Revisionsgründe sind nachvollziehbar, und es macht Sinn, technische Vorschriften an die wichtigsten Handelspartner der Schweiz anzugleichen.

Eine Bemerkung haben wir zum Inkrafttreten: Im Entwurf der Verordnung über die Sicherheit von persönlichen Schutzausrüstungen (PSA), welches gleichzeitig in die Vernehmlassung ging, ist das Inkrafttreten abgestuft: Für die Verordnung als Ganzes ist das Inkrafttreten auf 21. April 2018 vorgesehen, jedoch soll Art. 3 Abs. 5 betreffend die Konformitätsbewertungsstellen bereits mit der Publikation der Verordnung in Kraft treten. Diese Differenzierung beim Inkrafttreten fehlt bei der Gasgeräteverordnung, obwohl auch hier in Art. 3 Abs. 5 die Konformitätsbewertungsstellen vorgesehen sind. Die Erläuterungen zu den beiden Verordnungen erklären die unterschiedliche Regelung nicht.

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann  
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Per E-Mail an: abps@seco.admin.ch

Liestal, 28. März 2017  
UEB/SIT/AIs/GRe/42677

### **Erlass der Gasgeräteverordnung: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann

Wir danken für die Möglichkeit, zum Erlass der Gasgeräteverordnung Stellung nehmen zu können.

Wir begrüssen eine Angleichung an die neuen EU-Verordnungen, womit die Gleichwertigkeit des Schweizer Rechts mit der EU zur gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen sichergestellt wird. Die wesentlichen Änderungen liegen in der Vereinheitlichung der Definitionen und der Pflichten der Wirtschaftsakteure sowie der rechtlichen Anforderungen an die Konformitätsbewertungsstellen. Zudem sorgt eine Angleichung für eine einheitliche Gesetzgebung (z.B. Harmonisierung der Definitionen) und gleiche Wettbewerbsbedingungen unter den Wirtschaftsakteuren.

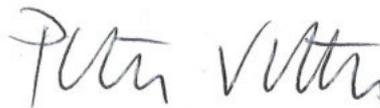
Der Vollzug der schweizerischen Gasgeräteverordnung ist national geregelt und liegt bei den zuständigen Kontrollorganen dem Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW) und dem schweizerische Verein für Schweisstechnik (SVS).

Den Kantonen fallen keine Vollzugsaufgaben zu. Deshalb verzichten wir auf eine detailliertere Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Thomas Weber  
Regierungspräsident



Peter Vetter  
Landschreiber

Kanton Schaffhausen  
Volkswirtschaftsdepartement  
Mühlentalstrasse 105  
CH-8200 Schaffhausen  
www.sh.ch

T +41 52 632 73 84  
sekretariat.vd@ktsh.ch



Volkswirtschaftsdepartement

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

per E-Mail an: [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

Schaffhausen, 5. April 2017

### **Erlass der Gasgeräteverordnung: Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 haben Sie uns Gelegenheit gegeben, bis zum 19. April 2017 in oben genannter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Gelegenheit und lassen uns innert Frist wie folgt vernehmen:

Zum Erlass der Gasgeräteverordnung haben wir keine Bemerkungen oder Anträge hinzuzufügen.

Für die Kenntnisnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse  
Volkswirtschaftsdepartement  
Der Vorsteher:

Ernst Landolt, Regierungsrat



Departement Bau und Volkswirtschaft, 9102 Herisau

per Email  
abps@seco.admin.ch

**Marianne Koller-Bohl**  
Regierungsrätin  
Tel. +41 71 353 68 90  
marianne.koller@ar.ch

Herisau, 2. März 2017

**Eidg. Vernehmlassung; Verordnung über die Sicherheit von persönlichen Schutzausrüstungen (PSA-Verordnung)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 lädt das WBF die Kantone ein, zum Entwurf der PSA-Verordnung bis zum 19. April 2017 Stellung zu nehmen, wofür wir uns bedanken.

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden verzichtet auf eine materielle Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Marianne Koller-Bohl

5000.2017-0076

SECO	
- 7. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	rgs



KANTON  
APPENZEL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
Telefax +41 71 788 93 39  
regina.doerig@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat für Wirtschaft  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Appenzell, 6. April 2017

### **Erlass der Gasgeräteverordnung Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 17. Februar 2017, mit welchem Sie zum Entwurf der Gasgeräteverordnung eine Vernehmlassung eröffnen und um Stellungnahme ersuchen.

Die Standeskommission ist mit dem vorgelegten Entwurf einverstanden und verzichtet auf weitere Bemerkungen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

### **Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

  
Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- abps@seco.admin.ch
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Sekretariat, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Sitzung vom  
28. März 2017

Mitgeteilt den  
28. März 2017

Protokoll Nr.  
297

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Ressort Produktesicherheit  
Herr Lorenzo Ponti  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

auch per E-Mail (PDF- und Word-Format) zustellen an: [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

### **Erllass der Gasgeräteverordnung: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 konsultiert das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Kantone und weitere interessierte Kreise zum Entwurf der Gasgeräteverordnung.

Der geplanten Inkraftsetzung auf den 21. April 2018 steht seitens des Kantons Graubünden nichts im Wege, da insbesondere formelle Anpassungen an das EU-Recht vorgenommen werden.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### A-Post Plus

Staatssekretariat für Wirtschaft  
Ressort Produktesicherheit  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

5. April 2017

### Gasgeräteverordnung (GaGV); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

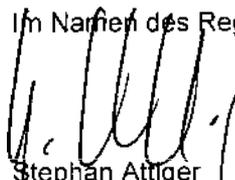
Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zum Entwurf der Gasgeräteverordnung (GaGV) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst die Umsetzung des bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU und hat ansonsten keine Anmerkungen.

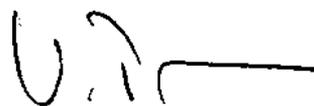
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Stephan Attiger  
Landammann



Vincenza Trivigno  
Staatschreiberin

Kopie

- abps@seco.admin.ch

SECO	
08. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	hel

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF  
Herr Johann N. Schneider-Ammann  
Bundesrat  
3003 Bern

Frauenfeld, 4. April 2017  
306

## Erlass der Gasgeräteverordnung

### Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Erlass der Gasgeräteverordnung Stellung nehmen zu können.

Wir begrüßen die vorgeschlagene Verordnung. Durch die neuen Regelungen wird sichergestellt, dass die Konformitätsbewertungsstellen in der Schweiz nicht gegenüber denjenigen in der EU geschwächt werden.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

*M. Müller*

Der Staatschreiber

*J. Schneider-Ammann*



SECO	
06. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	<i>vel</i>

**1448**

cl

1

5 aprile 2017

Repubblica e Cantone Ticino  
Consiglio di Stato  
Piazza Governo 6  
Casella postale 2170  
6501 Bellinzona  
telefono +41 9181443 20  
fax +41 9181444 35  
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone  
Ticino

## Il Consiglio di Stato

Spettabile  
Dipartimento federale dell'economia, della  
formazione e della ricerca DEFR  
3003 Berna

e-mail: [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch) (pdf e word)

### Procedura di consultazione dell'Ordinanza sugli apparecchi a gas

Gentili signore, egregi signori,

con lettera del 17 febbraio 2017 abbiamo ricevuto il vostro invito a prendere posizione sulla proposta di revisione dell'Ordinanza citata in oggetto. Ringraziamo per l'opportunità di potere esprimere una nostra presa di posizione in merito.

La presente revisione mira a mantenere l'equivalenza tra il diritto svizzero e il diritto dell'UE, stabilita nel quadro degli Accordi bilaterali I dall'Accordo tra la Confederazione Svizzera e la Comunità europea sul reciproco riconoscimento in materia di valutazione della conformità - Mutual Recognition Agreement (MRA, RS 0.946.526.81) -, unificando le definizioni e gli obblighi degli operatori economici, nonché i requisiti legali per gli organismi di valutazione della conformità.

A questo scopo è stata creata una nuova Ordinanza sugli apparecchi a gas, oggetto della presente consultazione. La stessa si basa sull'articolo 4 della legge federale del 12 giugno 2009 sulla sicurezza dei prodotti (LSPro, RS 930.11).

### **Presa di posizione**

Pur non entrando nel merito delle questioni di competenza degli organismi di valutazione della conformità (Notified Body) designati ai sensi della LSPro, in particolare per gli apparecchi a gas la Società svizzera dell'Industria del gas e delle acque (SSIGA) e l'Associazione svizzera per la tecnica della saldatura (ASS), rileviamo che le modifiche proposte avranno importanti ripercussioni anche per le competenze attribuite dalla legislazione federale ai Cantoni, ossia l'applicazione dei dispositivi a protezione dell'ambiente.

Nell'ambito di procedure autorizzative, infatti, gli impianti a consumo di gas vengono esaminati dai servizi cantonali competenti in ossequio all'Ordinanza contro l'inquinamento atmosferico (OIA), allo scopo di determinarne la conformità prima che gli stessi vengano installati. L'esame avviene mediante la presentazione da parte dell'istante di dichiarazioni di conformità

o di prestazione del fabbricante o del distributore secondo una norma europea riconosciuta, comprensiva di dati tecnici e di emissioni completi, che possa essere confrontata con le esigenze della legislazione svizzera congiuntamente ai regolamenti di applicazione cantonali.

L'articolo 5 dell'Ordinanza sugli apparecchi a gas rimanda all'articolo 6 LSPro, nel quale si descrive la presunzione di conformità alle norme. Ne consegue che, contrariamente a quanto richiesto fino ad oggi, sarà l'autorità di sorveglianza del mercato (SECO) a dover fornire la prova della conformità degli apparecchi e non più direttamente il fabbricante o il distributore. Questo cambiamento avrebbe importanti ripercussioni sull'efficacia del sistema di controllo e non può essere condiviso.

Con la proposta di modifica verrebbe inoltre a crearsi una disparità tra quanto richiesto per gli apparecchi a gas ai sensi dell'OIAI e i nuovi disposti europei. Oltre agli aspetti già citati relativi all'applicazione dell'art. 6 LSPro, le norme europee regolano unicamente l'applicazione degli impianti ad uso domestico, aumentando il vuoto legislativo in materia e relativo alle altre tipologie di impianti a consumo di gas non domestici. Crediamo infine che la centralizzazione delle valutazioni di conformità di prodotti esteri presso la SECO difficilmente potrà garantire il livello attuale dell'efficacia dei controlli.

In conclusione, riteniamo che l'introduzione dell'Ordinanza sugli apparecchi a gas risulterà in un chiaro peggioramento dell'efficacia dei controlli dei dispositivi di legge da parte dei Cantoni, comportando un peggioramento delle condizioni quadro a tutela dell'ambiente in generale e della qualità dell'aria in particolare. Esprimiamo pertanto in conclusione l'auspicio che possa essere mantenuto il dispositivo legislativo attualmente in vigore.

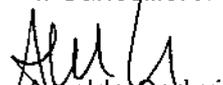
Ringraziando per l'attenzione cogliamo l'occasione per porgervi, gentili signore ed egregi signori, i nostri migliori saluti.

#### PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

  
Manuele Berteli

Il Cancelliere:

  
Arnaldo Coduri

#### Copia per conoscenza:

- Dipartimento del territorio ([dt-dir@ti.ch](mailto:dt-dir@ti.ch))
- Dipartimento delle finanze e dell'economia ([dfc-dir@ti.ch](mailto:dfc-dir@ti.ch))
- Divisione dell'ambiente ([dt-da@ti.ch](mailto:dt-da@ti.ch))
- Divisione dell'economia ([dfc-de@ti.ch](mailto:dfc-de@ti.ch))
- Sezione protezione aria, acqua e suolo ([dt-spaas@ti.ch](mailto:dt-spaas@ti.ch))
- Ufficio dell'aria, del clima e delle energie rinnovabili ([dt-spaas@ti.ch](mailto:dt-spaas@ti.ch))
- Ufficio della gestione dei rischi ambientali e del suolo ([dt-spaas@ti.ch](mailto:dt-spaas@ti.ch))
- Ufficio dell'ispettorato del lavoro ([dfc-uil@ti.ch](mailto:dfc-uil@ti.ch))
- Capoufficio della legislazione e delle pari opportunità ([marilena.fontaine@ti.ch](mailto:marilena.fontaine@ti.ch))
- Deputazione ticinese alle Camere federali ([can-relazioniesterne@ti.ch](mailto:can-relazioniesterne@ti.ch))
- Pubblicazione in internet



**Philippe Leuba**  
Conseiller d'Etat

Chef du Département de l'économie et du sport

Rue Caroline 11  
1014 Lausanne

SECO	
12. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	MS

Secrétariat d'Etat à l'économie  
Conditions de travail  
Sécurité des produits  
A l'att. de M. Lorenzo Ponti  
Holzikofenweg 36  
3003 Berne

abps@seco.admin.ch

Lausanne, le 7 avril 2017

**Procédure de consultation : édicton de l'ordonnance sur la sécurité des appareils à gaz**

Monsieur,

Je vous remercie d'avoir consulté le Canton de Vaud concernant le projet d'édiction de l'ordonnance sur la sécurité des appareils à gaz.

Cette nouvelle norme permet la coordination des systèmes suisse et européen ; elle n'amène en revanche pas de modification matérielle notable. Elle n'appelle pas de remarques particulières.

Veuillez agréer, Monsieur, l'expression de mes sentiments distingués.

Le Chef du département :

Philippe Leuba

Copie :

- à l'Office des affaires extérieures du Canton de Vaud

19. APR. 2017



2017.01216



Conseil d'Etat  
Staatsrat

CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

SECO	
20. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	rgs

Monsieur Johann N. Schneider-Amman  
Conseiller fédéral  
Chef du Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche  
Palais fédéral est  
3003 Berne

Date **12 AVR. 2017**

**Consultation relative au projet d'ordonnance sur les appareils à gaz (OAG)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat valaisan a pris connaissance du projet de nouvelle ordonnance sur la sécurité des appareils à gaz (OAG) ainsi que du rapport explicatif qui s'y rapporte. Il vous remercie de l'opportunité que vous lui donnez de se déterminer sur une ordonnance qui consiste essentiellement à transposer en droit suisse des dispositions européennes harmonisées.

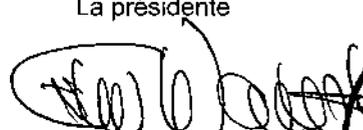
Dans la mesure où cette nouvelle ordonnance n'apporte que peu de modifications matérielles par rapport au droit en vigueur et qu'elle n'implique aucun changement par rapport au rôle de surveillance du marché dévolu aux inspections cantonales du travail, le Conseil d'Etat ne peut que se réjouir des améliorations apportées quant à la sécurité des appareils à gaz.

En réitérant nos remerciements de nous avoir donné l'occasion de nous déterminer sur ce projet, nous vous présentons, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente

Le chancelier

  
Esther Waeber-Kalbermatten

  
Philipp Spörri



Copie à [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)



# LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

*Par courriel*  
Secrétariat d'état à l'économie SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Berne

## Consultation concernant l'ordonnance sur les appareils à gaz

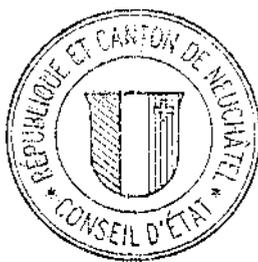
Madame, Monsieur,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du sujet de la présente consultation du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) et vous remercie de lui donner la possibilité de donner son avis.

Nous n'avons pas de remarques à formuler sur cette nouvelle ordonnance.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de notre considération distinguée.

Neuchâtel, le 19 avril 2017



Au nom du Conseil d'État :

Le président,  
J.-N. KARAKASH

La chancelière,  
S. DESPLAND

SECO	
26. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	grd

13. APR. 2017



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

Genève, le 12 avril 2017

Le Conseil d'Etat

1676-2017

SECO	
18. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	ngs

Monsieur Johann N. Schneider-Ammann  
Conseiller fédéral  
Département fédéral de l'économie, de la  
formation et de la recherche (DEFR)  
Schwanengasse 2  
3003 Berne

**Concerne : édicition de l'ordonnance sur les appareils à gaz (OAG) - ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons bien reçu votre courrier du 17 février 2017 concernant l'édicition de l'ordonnance sur les appareils à gaz (OAG) valant reprise du droit technique de l'UE dans le cadre de l'accord bilatéral entre la Suisse et l'UE relatif à la reconnaissance mutuelle en matière d'évaluation de la conformité (ARM), dont le contenu a retenu toute notre attention.

Pour répondre à votre demande, nous vous informons que notre Conseil soutient le projet d'édicition considéré, qui permet de garantir l'équivalence entre la législation de la Suisse et celle de l'UE, dans le but d'éviter la création d'entraves techniques au commerce.

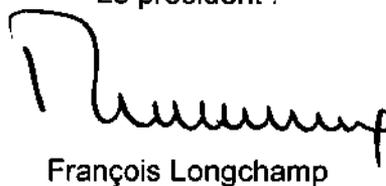
Nous vous remercions de votre consultation et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

  
Anja Wyden Guelpa

Le président :

  
François Longchamp



Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de l'économie  
de la formation et de la recherche DEFR  
SECO  
Secteur Sécurité des produits  
Holzikofenweg 36  
3003 Berne

[abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

Delémont, le 19 avril 2017

### Consultation - Ediction de l'ordonnance sur les appareils à gaz

Madame, Monsieur,

Par lettre du 17 février dernier, Monsieur le Conseiller fédéral Johann N. Schneider-Ammann a ouvert la procédure de consultation citée sous rubrique.

Le Gouvernement jurassien en a pris connaissance et n'a pas d'observation particulière à formuler.

Il vous remercie de l'avoir consulté et vous prie de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de ses sentiments distingués.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Nathalie Barthoulot  
Présidente



  
Jean-Christophe Kübler  
Chancelier d'État



Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

[abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

Bern, 19. April 2017

**Erlass der Verordnungen über die Sicherheit von persönlichen Schutzausrüstungen (PSA-Verordnung) sowie über die Sicherheit von Gasgeräten (Gasgeräteverordnung, GaGV)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP begrüsst den Erlass der beiden neuen Verordnungen mit denen technisches EU-Recht im Rahmen eines bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU übernommen wird. Dabei geht es um das im Paket der bilateralen Verträge I abgeschlossene „Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen“ vom 21. Juni 1999 (Mutual Recognition Agreement, MRA). Dieses umfasst zwanzig Produktesektoren, deren Rechts- und Verwaltungsvorschriften in der Schweiz sowie in der EU als gleichwertig gelten. Produkte, welche in den Anwendungsbereich des MRA fallen, profitieren für die Vermarktung auf dem schweizerischen sowie auf dem EU-Markt von einer einzigen Konformitätsbewertung (Prüfung, Zertifizierung, Inspektion), ausgestellt durch eine nach dem Abkommen anerkannte Konformitätsbewertungsstelle. Nun hat die EU im Rahmen des so genannten „New Legislative Framework“ NLF unter anderem neue grundsätzliche Anforderungen an die Akkreditierung von Konformitätsbewertungsstellen und an die Marktüberwachung festgelegt. Dabei musste die gesamte Produktgesetzgebung der EU an diesen neuen Rechtsrahmen angepasst werden. Acht Richtlinien wurden bereits

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Spitalgasse 34  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

zusammen in einem sogenannten „alignment package“ revidiert und bis zum 20. April 2016 umgesetzt. Dabei wurden auch in den Bereichen „Sicherheit von persönlichen Schutzausrüstungen“ und „Sicherheit von Gasgeräten“ die bestehenden Richtlinien überarbeitet, modernisiert und dem NLF angepasst sowie die beiden Richtlinien durch zwei EU-Verordnungen ersetzt.

Da das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse THG den Gesetzgeber in Artikel 4 Absatz 2 verpflichtet, die technischen Vorschriften auf diejenigen der wichtigsten Handelspartner der Schweiz abzustimmen und internationale Abkommen zur Beseitigung oder zum Abbau von technischen Handelshemmnissen abzuschliessen (Artikel 14 THG), hat der Bundesrat nun den Erlass der vorliegenden beiden Schweizer Verordnungen beschlossen.

Inhaltlich bringen die beiden neuen Verordnungen wenige Änderungen mit sich. Allerdings verweist der Bundesrat zu Recht darauf, dass die schweizerischen Konformitätsbewertungsstellen nicht in die europäische Datenbank NANDO aufgenommen werden können, solange die beiden Schweizer Verordnungen nicht publiziert sind. Demgegenüber können die EU-Mitgliedstaaten ihre Konformitätsbewertungsstellen bereits seit dem 21. Oktober 2016 melden. Die schweizerischen Konformitätsbewertungsstellen erleiden dadurch einen wirtschaftlichen Nachteil. Ohne Aufnahme in NANDO werden sie auf dem Markt nicht als legitimierte Konformitätsbewertungsstellen wahrgenommen, obwohl sie es sind. Dadurch bestehe die Gefahr, dass Wirtschaftsakteure irreversibel zu europäischen Konformitätsbewertungsstellen abwanderten, warnt der Bundesrat. Der wirtschaftliche Nachteil für die schweizerischen Konformitätsbewertungsstellen müsse durch rasche die Publikation der beiden Verordnungen so schnell wie möglich behoben werden. Die SP Schweiz kann sich dieser Argumentation anschliessen.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Luciano Ferrari  
Leiter Politische Abteilung

Eidgenössisches Department für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Zürich, 19. April 2017

## Erlass der Gasgeräteverordnung - Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Zustellung der Unterlagen zum Erlass der Gasgeräteverordnung sowie die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Der Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches SVGW ist die Wissens-, Fach- und Netzwerkorganisation der Schweizer Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgungen.

Die Bestimmungen zu den Gasgeräten sind heute in der Verordnung über die Produktesicherheit (Produktesicherheitsverordnung, PrSV, SR 930.111) in Artikel 1 Buchstabe c, im 4. Abschnitt und in den Anhängen 1 bis 3 PrSV geregelt. Neu wird für die Gasgeräte eine eigenständige schweizerische Gasgeräteverordnung geschaffen. Die schweizerische Gasgeräteverordnung übernimmt die Regelung der EU mit Ausnahme der CE-Kennzeichnung.

Somit ändert sich hier für die Kontrollorgane das Prozedere in der Praxis nicht für Ihre Kontrolltätigkeit.

Das Ausschliessen vom Geltungsbereich vom Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b der EU-Gasgeräte-Verordnung schätzt der SVGW aus technischer Sicht als unproblematisch ein. Inhaltliche bzw. technische Vorbehalte haben wir nicht.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wenden Sie sich dazu bitte an Frau Dr. Elisabetta Carrea, Bereichsleiterin Gas/Fernwärme, Tel. 044 288 33 57, E-Mail: [e.carrea@svgw.ch](mailto:e.carrea@svgw.ch).

Freundliche Grüsse



Martin Sager  
Direktor SVGW



Dr. Elisabetta Carrea  
Leiterin Bereich Gas / FW

Schweizerischer  
Verein des Gas-  
und Wasserfaches  
SVGW

Grütlistrasse 44  
Postfach 2110  
CH-8027 Zürich  
Tel +41 44 288 33 33  
Fax +41 44 202 16 33  
[info@svgw.ch](mailto:info@svgw.ch)  
[www.svgw.ch](http://www.svgw.ch)

SECO	
27. März 2017	
vorregistriert OAGSdm	198

GENERALSEKRETARIAT	
27. MRZ. 2017	
GS	
SECO	<input checked="" type="checkbox"/>
BLW	
KTI	
EHB	
SBF	
BWL	
BWO	
WEKO	
PU	
ZIVI	
KF	
Reg. Nr.	

# suva

A-Post  
 Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
 Bildung und Forschung WBF  
 Bundeshaus Ost  
 3003 Bern

**Suva**  
 Marc Epelbaum, lic.iur  
 Direktwahl 041 419 55 00  
 marc.epelbaum@suva.ch  
 www.suva.ch

**Postadresse**  
 Suva  
 Generalsekretariat  
 Fluhmattstrasse 1  
 Postfach  
 6002 Luzern

Datum 22. März 2017  
 Betrifft Vernehmlassungsverfahren zum Erlass der Gasgeräte-  
 verordnung

Sehr geehrte Damen und Herren

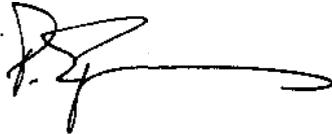
Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zum Entwurf der Gasgeräteverordnung Stellung nehmen zu dürfen.

Die Suva befürwortet die Schaffung einer eigenständigen Verordnung für Gasgeräte. Zum Inhalt der Verordnung hat sie nichts anzufügen.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Suva



Marc Epelbaum, lic.iur.  
 Generalsekretär



**Arbeitskreis LPG**  
Kommission Flüssiggas

SECO	
11. April 2017	
vorregistriert OAGSdm	

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Ressort Produktesicherheit  
Eva Zbinden Kaessner  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Basel, 10. April 2017

## Antwort zur Vernehmlassung GaGV

Sehr geehrte Frau Zbinden Kaessner

Der Verein Arbeitskreis LPG, die Plattform für Sicherheitsfragen zu Flüssiggas, bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme bezüglich der neuen Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten (GaGV).

Der Verein Arbeitskreis LPG unterstützt die Schaffung einer eigenständigen Verordnung zu diesem Thema.

Wir sind mit dem Inhalt einverstanden.

Freundliche Grüsse

Dr. Silvan Aschwanden  
Präsident des Vereins Arbeitskreis LPG



Per Mail: [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)  
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Staatsekretariat für Wirtschaft SECO  
Produktesicherheit  
Holzikofenweg 36 / Postfach  
3003 Bern

Wirtschaftspolitik

Doris Anthenien  
Ressortleiterin Recht

Pfingstweidstrasse 102  
Postfach  
CH-8037 Zürich  
Tel. +41 44 384 48 06

[d.anthenien@swissmem.ch](mailto:d.anthenien@swissmem.ch)  
[www.swissmem.ch](http://www.swissmem.ch)

Zürich, 10. April 2017

## Stellungnahme zum Vorentwurf der Gasgeräteverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren

Swissmem vertritt die Interessen von mehr als 1'000 Unternehmen der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) sowie verwandter technologieorientierter Branchen. Die MEM-Industrie stellt einen der grössten industriellen Sektoren der Schweizer Wirtschaft dar und erbringt ungefähr die Hälfte der industriellen Wertschöpfung. Dies entspricht über 7 Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz. Die MEM-Industrie ist mit rund 320'000 Beschäftigten die mit Abstand grösste industrielle Arbeitgeberin und bestreitet mit Exporten von 63 Milliarden CHF 30 Prozent der gesamten Güter-Ausfuhren der Schweiz. Die Branche wird durch KMU geprägt; 99 Prozent der Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende. Über 59 Prozent der ausgeführten Güter der MEM-Industrie werden in die EU exportiert.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und nehmen diese gerne wahr. Wir beschränken uns auf inhaltlichen Grundsatzüberlegungen, ohne auf die einzelnen Bestimmungen näher einzugehen.

Die EU hat im Bereich der «Sicherheit von Gasgeräten» die bestehende Richtlinie durch eine Verordnung ersetzt und somit dem «New Legislative Framework» (NLF) angepasst. Das NLF sorgt für eine einheitliche Gesetzgebung und gleiche Wettbewerbsbedingungen unter den Wirtschaftsakteuren. Die EU-Gasgeräte-Verordnung erfährt aber keine grundlegende Überarbeitung. Es geht vor allem um angepasste Definitionen, die Pflichten der Wirtschaftsakteure, die Anforderungen an die Konformitätsbewertungsstellen und die Marktüberwachung. Um die Gleichwertigkeit des Schweizer Rechts mit dem Recht der EU aufrechtzuerhalten, soll die vorliegende Gasgeräteverordnung erlassen werden.

Das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse verpflichtet den Gesetzgeber, die technischen Vorschriften auf diejenigen der wichtigsten Handelspartner der Schweiz abzustimmen und internationale Abkommen zur Beseitigung und zum Abbau von technischen Handelshemmnissen abzuschliessen. Das entsprechende Verhältnis zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union ist im Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) festgehalten.

Die EU-Gasgeräte-Verordnung fällt in den Anwendungsbereich des MRA. Es ist im Interesse unserer Exportindustrie, dass die Äquivalenz zwischen der europäischen und der schweizerischen Gesetzgebung auch nach dem 21.04.2018 gewährleistet ist. An diesem Datum sollen sowohl die europäische wie auch die schweizerische Verordnung in Kraft treten.

Die schweizerische Gasgeräteverordnung übernimmt die EU-Regelung mit Ausnahme der CE-Kennzeichnung. Insbesondere ist es für die v.a. im Export tätige MEM-Branche äusserst wichtig, dass auch in diesem neu geschaffenen Gesetz mit der Verweistechnik gearbeitet wird, so dass inhaltlich keine Differenzen zu den EU-Bestimmungen geschaffen werden. Denn gemäss Art. 1 Abs.1 der neuen Gasgeräteverordnung soll diese im Sinne der EU-Gasgeräte-Verordnung ausgelegt werden. Diese Art der Regelung wird von uns explizit begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Dr. Jean-Philippe Kohl  
Leiter Wirtschaftspolitik  
Mitglied der Geschäftsleitung



Doris Anthenien  
Ressortleiterin Recht



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
3003 Bern

abps@seco.admin.ch

Zürich, 15. März 2017 sm  
maeder@arbeitgeber.ch

### **Erlass der Gasgeräteverordnung: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2017 wurden wir zur Stellungnahme zum obengenannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Da die Vorlage nicht unter die durch den Schweizerischen Arbeitgeberverband behandelten Themen fällt, resp. die Arbeitgeber nicht direkt betrifft, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Prof. Dr. Roland A. Müller  
Direktor

**Von:** Buhmann Brigitte [mailto:b.buhmann@bfu.ch]

**Gesendet:** Donnerstag, 13. April 2017 10:23

**An:** \_SECO-ABPS Produktesicherheit <abps@seco.admin.ch>

**Betreff:** Vernehmlassung betreffend den Erlass der Gasgeräteverordnung

Sehr geehrte Frau Zbinden Kaessner,  
Sehr geehrter Herr Ponti,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Unterbreitung der Vernehmlassungsunterlagen und für die Gelegenheit, zum Erlass der Gasgeräteverordnung Stellung nehmen zu können. Die bfu als Kontrollorgan für Produkte im nichtbetrieblichen Bereich im Rahmen des Produktesicherheitsgesetzes (PrSG) ist nicht direkt mit der Anwendung der neuen Verordnung befasst. Aus Sicht der Unfallverhütung ist der Erlass der Gasgeräteverordnung aber zu begrüßen. Mit dem Inhalt ist die bfu einverstanden.

Freundliche Grüsse

Brigitte Buhmann

[«Kontrollblick beim Vortritt.»](#)

Jetzt den Unternehmensfilm [«Der Fall bfu»](#) anschauen.

---

**Brigitte Buhmann**, Dr. rer. pol.

Direktorin

bfu - Beratungsstelle für Unfallverhütung

Hodlerstrasse 5a, CH-3011 Bern

[Tel. +41 31 390 21 00](tel:+41313902100) (direkt)

[Tel. +41 31 390 22 22](tel:+41313902222) (Zentrale)

Fax +41 31 390 22 30

[b.buhmann@bfu.ch](mailto:b.buhmann@bfu.ch) / [www.bfu.ch](http://www.bfu.ch)

Die bfu auf Social Media:



**Von:** Laurianne Altwegg [mailto:l.altwegg@frc.ch]

**Gesendet:** Montag, 27. März 2017 09:05

**An:** \_SECO-ABPS Produktesicherheit <abps@seco.admin.ch>

**Betreff:** Consultation sur l'ordonnance sur la sécurité des appareils à gaz (OAG)

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de l'opportunité offerte à la Fédération romande des consommateurs (FRC) de prendre position au sujet de l'objet mentionné susmentionné. Après étude du projet soumis, nous vous informons que nous ne souhaitons pas prendre position à ce sujet, s'agissant principalement d'adaptations entre le droit suisse et le droit européen.

Nous restons toutefois intéressés à être consultés lors de toute autre audition ayant trait à ce sujet.

En vous remerciant de prendre bonne note de ce qui précède, nous vous transmettons nos meilleures salutations.

Laurianne ALTWEGG  
Responsable Environnement, Agriculture & Energie  
T. +41 (0)21 331 00 95

LA FEDERATION ROMANDE DES CONSOMMATEURS  
**LE POUVOIR D'AGIR**  
Rue de Genève 17, case postale 6151, 1002 Lausanne, Suisse  
T. +41 (0)21 331 00 90 | [www.frc.ch](http://www.frc.ch) | [Facebook](#) | [Twitter](#)

Eid. Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung

[abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

Bern, 29. März 2017

## Anhörung Erlass Gasgeräteverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, an der oben genannten Anhörung teilnehmen zu können.

Der SGB und seine Verbände begrüßen die vorliegende Rechtsgrundlage zur Regulierung von Geräten, die Gas verbrennen.

Angesichts sich ändernder internationaler Regulierungen und der Vermarktung neuer Geräte ist eine Anpassung des Schweizer Rechts angezeigt, um die internationale Konformität insbesondere im Bereich der Sicherheit sicherzustellen.

Mit dem vorliegenden Erlass werden die Pflichten der Wirtschaftsakteure sowie die rechtlichen Anforderungen an die Konformitätsbewertungsstellen definiert und an internationale Standards angepasst.

Dabei wird neu auch Schweizer Bewertungsstellen die Möglichkeit gegeben, die Konformität nach EU-Standards zu zertifizieren, was wir explizit begrüßen.

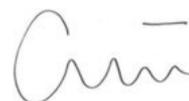
Wir bitten den Bundesrat, den Erlass so bald wie möglich in Kraft zu setzen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner  
Präsident



Luca Cirigliano  
Zentralsekretär

**Von:** Angele Tamara [mailto:Tamara.Angela@chgemeinden.ch]  
**Gesendet:** Dienstag, 21. Februar 2017 14:17  
**An:** \_SECO-ABPS Produktesicherheit <abps@seco.admin.ch>  
**Betreff:** Gasgeräteverordnung / KSN SGV

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 17. Februar 2017 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1625 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gemeindeverband**

Präsident

Direktor



Hannes Germann  
Ständerat

Reto Lindegger

**Schweizerischer Gemeindeverband**

Laupenstrasse 35, Postfach 8022

3001 Bern

Tel. 031 380 70 00

[verband@chgemeinden.ch](mailto:verband@chgemeinden.ch)

[www.chgemeinden.ch](http://www.chgemeinden.ch)

**Von:** Adrian Wuethrich [<mailto:wuethrich@travailsuisse.ch>]

**Gesendet:** Montag, 20. Februar 2017 14:17

**An:** \_SECO-ABPS Produktesicherheit <[abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)>

**Betreff:** AW: Eröffnung der Vernehmlassung zur Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten/ Ouverture de la procédure de consultation de l'ordonnance sur la sécurité des appareils à gaz

Sehr geehrte Damen und Herren

Travail.Suisse verzichtet zur Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten eine Vernehmlassungsantwort einzureichen.

Wir danken Ihnen jedoch für die Anfrage.

Freundliche Grüsse

Adrian Wüthrich

**Travail.Suisse**

---

**Adrian Wüthrich**

Präsident / Grossrat BE

Postfach / 3001 Bern

031 370 21 11 / 079 287 04 93

[www.travailsuisse.ch](http://www.travailsuisse.ch)



Vaterschaftsurlaub jetzt!  
Le congé paternité maintenant!  
Il congedo paternità, subito!

Haben Sie unsere Volksinitiative schon unterschrieben?

[www.vaterschaftsurlaub.ch](http://www.vaterschaftsurlaub.ch) / [www.conge-paternite.ch](http://www.conge-paternite.ch) / [www.congedo-paternita.ch](http://www.congedo-paternita.ch)

Schweizerische Eidgenossenschaft  
Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF  
Bern

Zustellung per Mail an: [abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

ORT/DATUM Zürich, 27. März 2017  
ZUSTÄNDIG Urs Hofstetter  
DIREKTWAHL 043 244 73 90  
E-MAIL [urs.hofstetter@suissetec.ch](mailto:urs.hofstetter@suissetec.ch)

### Vernehmlassung „Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten (Gasgeräteverordnung)“

Sehr geehrte Damen und Herren

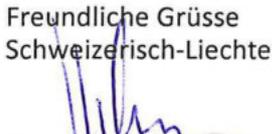
Unserem Verband gehören rund 3'400 Unternehmungen aus den Branchen Sanitär, Spenglerei/Gebäudehülle, Heizung, Klima/Kälte, Lüftung, Rohrleitungsbau/Werkleitungen sowie Solarinstallationen an. Zum Kreis unserer Mitglieder zählen Vertreter des gesamten Absatzweges, das heisst Hersteller-Lieferanten/Händler, ausführende Unternehmungen und Planungsbetriebe.

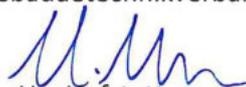
Für die ausführenden Unternehmungen stellen Gasgeräte Arbeitsmittel dar. Entsprechend führen einige unserer Hersteller-Lieferanten derartige Produkte im Sortiment. Aus diesem Grund beteiligen wir uns hiermit gerne an der vorliegenden Vernehmlassung.

Aus dem Kreis unserer Mitglieder sind uns keine negativen Rückmeldungen zur vorliegenden Revision eingegangen. Wir stellen jedoch fest, dass Art. 4 betreffend Pflichten der Wirtschaftsakteure auf die EU-Gasgeräte-Verordnung verweist. Für uns stellt sich daher die Frage, wie CH-Wirtschaftsakteure in Zukunft von allfälligen Anpassungen in der EU-Verordnung Kenntnis erhalten.

**Fazit: Wir haben keine Vorbehalte gegen die Gasgeräteverordnung. Allerdings legen wir Wert darauf, dass die CH-Wirtschaftsakteure frühzeitig über bevorstehende Änderungen in der zugrundeliegenden EU-Gasgeräte-Verordnung informiert werden.**

Freundliche Grüsse  
Schweizerisch-Liechtensteiner Gebäudetechnikverband (suissetec)

  
Hans-Peter Kaufmann  
Direktor

  
Urs Hofstetter  
Mitglied der Geschäftsleitung  
Leiter Mandate und Politik

Kopie z.K.: Schweizerischer Gewerbeverband SGV, Herr K. Gfeller, Schwarztorstr. 26, P.F., 3001 Bern

**WIR, DIE  
GEBÄUDETECHNIKER.**

**NOI, I TECNICI  
DELLA COSTRUZIONE.**

**NOUS, LES  
TECHNICIENS DU BÂTIMENT.**



SCHWEIZERISCHER VEREIN FÜR SCHWEISSTECHNIK  
ASSOCIATION SUISSE POUR LA TECHNIQUE DU SOUDAGE  
ASSOCIAZIONE SVIZZERA PER LA TECNICA DELLA SALDATURA

Staatssekretariat für Wirtschaft Seco  
Abteilung Produktesicherheit  
z.H. von Herrn Lorenzo Ponti  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Basel, 07.04.2017

GaGV-Stellungnahme SVS/ NK

Ihre Referenz: L. Ponti

### **Vernehmlassungsverfahren GaGV**

Sehr geehrter Herr Ponti,

Wir bedanken uns, dass Sie das Inspektorat des Schweizerischen Vereins für Schweisstechnik beim Vernehmlassungsverfahren mit berücksichtigt haben und schätzen Ihr Vertrauen.

Wir haben die vorgelegten Dokumente aus der Sicht des Inspektorats SVS geprüft und begrüßen die neue GaGV. Uns sind zum momentanen Zeitpunkt keine Fakten oder Produkte bekannt, welche zu Problemen führen könnten. Anzufragen ist hier lediglich in wie weit die es bei der Anwendung der Gasgeräte und den mit dem Gasgerät verbundenen Druckregler der Verbrauchseinrichtungen auf die in der Schweiz zum Teil spezifischen Flaschenanschlüsse noch separat eingegangen werden muss.

Mit freundlichen Grüßen  
Schweizerischer Verein für Schweisstechnik

Nils Koenig-Moureau  
Bereichsleiter Inspektorat

Martin Zürcher  
Stv. Bereichsleiter Inspektorat  
Verantw. Marktüberwachung / PrSG

Beilagen: keine



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
3003 Bern

[abps@seco.admin.ch](mailto:abps@seco.admin.ch)

Bern, 6. März 2017

**Erlass der Verordnung über die Sicherheit von Gasgeräten (Gasgeräteverordnung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**  
Direktorin

Renate Amstutz